

Rückbaukosten bald in Hofgeismar und Reinhardshagen Thema

Nach Wesertal: CDU Hofgeismar und UWG Reinhardshagen haben Anträge auf den Weg gebracht

Hofgeismar/Reinhardshagen – Nach Wesertal werden Rückbaukosten für Windenergie-Anlagen nach der Wahl auch die Parlamente in Hofgeismar und Reinhardshagen beschäftigen. So fordert die CDU Hofgeismar, eine offizielle Neubewertung der Rückbaukosten vornehmen zu lassen. Auch die Unabhängigen Wähler (UWG) aus Reinhardshagen hat zu dem Thema einen Antrag auf den Weg gebracht. Der soll möglicherweise schon am Ende der konstituierenden Sitzung der neuen Gemeindevertretung behandelt werden.

In ihrem Antrag für die Stadtverordnetenversammlung beantragt die CDU-Fraktion, dass der Magistrat sich mit dem Landkreis Kassel als Untere Bauaufsichtsbehörde in Verbindung setzt, damit dieser eine Neubewertung der Rückbaukosten von Windkraftanlagen im Stadt- oder Einzugsgebiet der Stadt festlegt.

Hierzu seien vonseiten des Landkreises gutachterliche Bewertungen der Rückbaukosten jeder Anlage von Sachverständigen einzuholen. Insbesondere seien die sich im Bau befindlichen Windkraftanlagen Hombressen an der Friedenseiche sowie im Reinhardswald zu bewerten. Wie berichtet, wurden bereits auf verschiedenen Ebenen die bisher kalkulierten Rückbaukosten als deutlich zu niedrig angesetzt beurteilt.

Sicherheitsleistung für CDU zu gering

Die CDU begründet ihren Antrag damit, dass die in Hessen bei Genehmigungen angewandte Regelung „Nabenhöhe × 1000 = Rückbaukosten in Euro“ eine um ein Vielfaches zu geringe Sicherheitsleistung ergebe, die die Betreiber von Windkraftanlagen zu leisten haben. Die Gemeindevertretung von Wesertal habe diese Diskrepanz in einem Antrag aufgenommen und einstimmig beschlossen. Sie beabsichtige, mit möglichst vielen Kreiskommunen, den Landkreis Kassel zur Einholung von unabhängigen fachlichen Gutachten aufzufordern.

Mitte Februar hatte die UWG aus Reinhardshagen einen Antrag zu den Rückbaukosten der Anlagen im Reinhardswald gestellt, der es der Frist wegen

nicht mehr in die letzte Gemeindevertretersitzung vor der Wahl geschafft hat. Auch sie fordert, der Gemeindevorstand solle sich mit dem Kreis in Verbindung setzen, damit dieser ein unabhängiges Gutachten zu den Kosten erstellen lässt. Die Rückbaukosten der 18 Windenergieanlagen lägen im dreistelligen Millionenbereich, sagte Fraktionsvorsitzender Jan Ciupa.

Für Reinhardshagen, aber auch andere Kommunen, ergebe sich ein potenzielles finanzielles Risiko, da sie für mögliche Defizite im Kreishaushalt eintreten müssten. Vor allem, weil offenbar die bestehenden Sicherheitsleistungen im Verhältnis zu den erwartenden Rückbaukosten als unzureichend eingeschätzt wurden.

Dazu weiter die Hofgeismarer CDU: Die Verantwortung über die Ermittlung und Festsetzung der Rückbaukosten liege beim Landkreis Kassel. Die Hessische Bauordnung ermögliche es, dass an rechtmäßig bestehende oder im Bau befindliche Anlagen auch nachträglich noch Anforderungen gestellt werden, soweit dies zur Abwehr von schweren Nachteilen für die Allgemeinheit notwendig ist. Weil Rückbaukosten teilweise schon im siebenstelligen Eurobereich lägen, könne durch eine mögliche Insolvenz eines Anlagenbetreibers ein erhebliches finanzielles Risiko für den Landkreis und damit auch für die Stadt Hofgeismar entstehen. Deshalb müssten die Sicherheitsbürgschaften rechtzeitig erhöht werden.

THOMAS THIELE/TANJA TEMME